

Die Linke Sachsen

Cottaer Straße 6c, 01159 Dresden

PETA Deutschland e.V.

per Mail an: peterh@peta.de

Die Linke SachsenCottaer Str. 6c
01159 DresdenTelefon: 0351 853 270
kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.deDE75850900002719901002
GENODEF1DRS

Dresden, 16.07.2024

Beantwortung Ihres Wahlprüfsteines


Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Peter Höffken,

wir möchten uns bei Ihnen herzlich für die Zusendung Ihres Wahlprüfsteines für die Landtagswahl 2024 in Sachsen und für Ihren Anspruch, an der Gestaltung demokratischer Prozesse in Sachsen aktiv mitzuwirken, bedanken.

Im Folgenden erhalten Sie unsere Antworten auf Ihren Wahlprüfstein.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Schaper
LandesvorsitzendeStefan Hartmann
Landesvorsitzender

Tierschutz-Verbandsklage:

Bundesländer wie Berlin und Baden-Württemberg haben das Tierschutz-Verbandsklagerecht eingeführt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, in Sachsen ebenfalls ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einzuführen?

Ja, wir setzen uns seit Jahren für ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen ein. Wir fordern zudem für die staatlich anerkannten Tierschutzorganisationen besondere Informationsrechte (vgl. Umweltinformationsgesetz) sowie das Recht auf unmittelbare Teilhabe an Tierschutz-Gremien, die Beteiligung an tierschutzrelevanten Verwaltungsvorgängen und Gesetzesvorhaben sowie das Recht auf Mitwirkung bei konkreten, ausdrücklich gesetzlich normierten tierschutzrechtlichen Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren (Landtags-Drucksache (Drs) 6/14771, Drs 7/3265)

Landwirtschaft und Ernährung:

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei für Ausstiegshilfen für tierhaltende Landwirt:innen und Fischer:innen einsetzen?

Ja, wir wollen für Landwirtinnen und Landwirte ein freiwilliges Ausstiegsprogramm aus der Tierhaltung anbieten. Bezüglich der Fischerei ist die Meinungsbildung zu dieser Frage innerhalb der Linken noch nicht abgeschlossen. Klar ist aber: Vor dem Hintergrund des Klimawandels, der auch die Land- und Forstwirtschaft in den vergangenen Jahren hart getroffen hat, muss die Landwirtschaft im eigenen, aber auch im Gemeinwohlinteresse auf mehr Klimagerechtigkeit ausgerichtet werden. Dafür sind auch Maßnahmen zur Anpassung der Tierbestände an eine gesunde und klimagerechte Versorgungssicherung notwendig. Der Gesamt-Viehbesatz in Sachsen (48 Großvieheinheiten pro 100 ha LF) ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eher gering und in den letzten Jahren deutlich rückläufig. Dabei ist ein Verlust an landwirtschaftlicher Vielfalt bzw. der Trend zur Spezialisierung zu beobachten. Vor allem in viehdichten Regionen müssen Tierbestände reduziert und ein Teil der landwirtschaftlichen Tierhaltung sozial verträglich in vieharme Regionen umverteilt werden. Die bisherige falsche Agrarpolitik für einen sozial-ökologisch blinden Weltmarkt hat zu negativen regionalen Konzentrationen und damit zu negativen Ballungseffekten geführt (Nährstoffüberschüsse, Ammoniakemissionen, Geruchs-, Staub- und Lärmbelastigungen, Tierseuchengefahren). Wir setzen uns daher für eine flächengebundene Tierhaltung ein. Die Größe der Tierbestände wäre damit an ausreichend verfügbare landwirtschaftliche Flächen gebunden, um den Futterbedarf der Nutztierhaltungen im Wesentlichen decken sowie die verfügbare Menge an Wirtschaftsdünger in der Region umwelt- und klimagerecht nutzen zu können. Für Regionen und Standorte planen wir Bestandsobergrenzen. Megaställe lehnen wir ab. Die heimische Produktion von Tierfutter, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen wollen wir stärken. Die Landesförderung tiergerechter Haltungssysteme wollen wir auf alle Tierarten und Haltungsformen ausbauen. Qualzucht und medizinisch nicht nötige Eingriffe an Tieren (z.B. Schnäbel oder

Hörner stutzen) wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf kranke Tiere nach ärztlicher Verschreibung begrenzt werden. Da zentrale Großschlachtbetriebe zunehmend dominieren und die kleinen, regionalen Schlachtereien verdrängt haben, werden die Transportwege immer länger. Für die Kontrollen der Tiertransporte sind die Veterinärbehörden der Bundesländer zuständig. Kleine Anfragen unserer Landtagsfraktion zeigen, dass immer wieder zahlreiche Verstöße beim Transport von Rindern, Schweinen, Vögeln, Schafen und Ziegen festgestellt werden. Sie offenbaren zudem, dass insgesamt viel zu wenige Kontrollen stattfinden und Verstöße kaum oder gar nicht geahndet werden. Lebeltiertransporte innerhalb der EU wollen wir drastisch einschränken. Tiertransporte in Drittstaaten und Transporte über 4 Stunden wollen wir verbieten. Die Folgen der Massentierhaltung sind für Mensch, Tier und Umwelt nicht tragbar. Linke Politik ist daher dringender denn je, um die Nutztierhaltung sowohl umwelt- als auch sozialverträglich umzugestalten.

Ernährung:

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Ja, wir setzen auch in Sachen Ernährung auf Wahlfreiheit. Wer sich vegan ernähren möchte, sollte dies überall tun können, auch in öffentlichen Einrichtungen. Eine wichtige Stellschraube beim sozialökologischen Umbau der Nahrungsmittelversorgung ist indes die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP). Die Reform der GAP ist bisher nicht genutzt worden, um den überfälligen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen voranzubringen. Sie sichert vor allem die Profite der Agrarkonzerne. Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung, die umweltfreundlich, gesünder und sozial sind, gefördert werden. Wir setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die Aufwertung von Böden. Das ist Teil einer Eiweiß-/Proteinstrategie und eines nachhaltigen Ackerbaukonzepts.

Tierverbrauch/Lehre:

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für Seziernurse, viele tausend Tiere „verbraucht“. Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierverbrauch für die Lehre in sächsischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Ja, die Linke fordert auf allen politischen Ebenen (EU, Bund, Land) die Ablösung von Tierversuchen, sei es in der wissenschaftlichen Forschung, der medizinischen Ausbildung oder in der Produktentwicklung. Für die Lehre an Universitäten gibt es inzwischen adäquate Alternativen und damit auch keinen vernünftigen Grund, Tiere dafür zu töten. Die Lehre und Forschung einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft in

Form von tierversuchsfreien Studiengängen wollen wir ausweiten und dafür Lehrstühle und Professuren für tierverbrauchsfreie Verfahren einrichten. Alle bereits vollumfänglich ersetzbaren und medizinisch nicht notwendigen Tierversuche sowie Tierversuche des Schweregrads „schwerst“ und „schwer“ wollen wir verbieten (Drs 7/3265). Tierversuche dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden. Um dies zu erreichen, muss die tierversuchsfreie Forschung stärker unterstützt werden. Unternehmen sollen die Öffentlichkeit ausreichend über Tierversuche informieren. Genehmigungsverfahren müssen verschärft und auf Tierversuche in Aus-, Fort- und Weiterbildung ausgeweitet werden. Langfristiges Ziel ist der Verzicht auf Versuchstiere für die wissenschaftliche Forschung. Dafür braucht es die Umverteilung von Forschungsmitteln zugunsten der Weiter- und Neuentwicklung tierversuchsfreier Methoden und die Ausweitung von Lehre und Forschung einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft. Dafür fordern wir die Einführung von Kontrollmaßnahmen, die eine Zunahme tierverbrauchsfreier Verfahren einerseits und die Abnahme aller durchgeführten Tierversuche andererseits dokumentieren und somit eine nachträgliche Bewertung der durchgeführten Tierversuche ermöglichen.

Jagd:

In Sachsen werden jedes Jahr über 13.000 Füchse bei der Jagd getötet – oftmals ohne „vernünftigen Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Sachsen nur noch im begründeten Einzelfall mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Ja, wir setzen uns gegen die reguläre Bejagung von Prädatoren wie dem Fuchs ein. Füchse sind ein wichtiger Bestandteil heimischer Ökosysteme und wichtig für das ökologische Gleichgewicht. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Waldschadenssituation sind Füchse, deren Hauptnahrung aus Mäusen besteht, ein unterstützender Faktor bei der Verjüngung von Waldbeständen und damit für den Waldumbau. Zudem führt Jagddruck bei gleichbleibend guter Nahrungsverfügbarkeit zu einer Steigerung der Reproduktionsrate. Es werden also mehr Welpen geboren. Der Schutz gefährdeter Wiesen- und Bodenbrüter bedarf vor allem Änderungen in der Landnutzung und die Schaffung sowie Erhaltung intakter Lebensräume, zu denen Prädatoren wie der Fuchs letztlich auch gehören.

Sachkundenachweis für Hundehaltung:

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Sachsen einsetzen?

Ja, wir fordern einen verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter. Leider wurde ein entsprechender Antrag unserer Landtagsfraktion dieser Legislaturperiode abgelehnt (Drs 7/15944). Die Tierheime sind überfüllt mit Hunden, die unüberlegt, oft auch ohne Wissen um rassespezifische Besonderheiten und Bedürfnisse angeschafft und in der logischen Konsequenz nicht selten

verhaltensauffällig und für die Besitzer nicht handelbar oder sogar gefährlich geworden sind. Bereits die Entscheidung, ob die eigenen Lebensumstände und persönlichen Erwartungen zu einem Hund und wenn ja, zu welchem Hund passen, setzt Wissen und Kenntnisse zum Wesen und den Bedürfnissen der Tiere voraus. Ebenso bedarf die Erziehung des Hundes, insbesondere für ein Leben in einer streng reglementierten, hektischen und dicht besiedelten Umgebung, eines Mindestmaßes an fachlicher Kompetenz. Leider gibt es in Deutschland keine einheitliche Regelung zu den fachlichen Voraussetzungen der Hundehaltung. Deshalb fordern wir eine landesweite Regelung. Fachleute aus der Tierschutzarbeit, die die Entwicklung im Tierschutz seit 30 Jahren beobachten und in ihrer täglichen Arbeit mit den Konsequenzen mangelnder Kompetenz, Unwissenheit und falsch verstandener Tierliebe zu kämpfen haben, schätzen die Bereitschaft der Hundehalter, fachlich versierte Hilfe in Anspruch zu nehmen, als nicht ausreichend ein. Sie verweisen eindringlich auf die steigende Zahl der Beißvorfälle und als gefährlich einzustufender Hunde. In diesem Zusammenhang sehen sie auch, wie Hundeschulen, Pensionen und andere tierheimähnliche Einrichtungen an ihre (Kapazitäts-) Grenzen stoßen. Die verpflichtende Aufklärung und Befähigung potentieller Halterinnen und Halter könnte viele Hunde vor einem lebenslangen Leben hinter Gittern und gleichzeitig die Tierheime vor der Überforderung bewahren.

Gefahrtier-Haltung:

Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer, in denen die Haltung gefährlicher exotischer Tiere wie Gift- oder Würgeschlangen und Großkatzen nicht eingeschränkt ist. Wird sich Ihre Partei für die Erstellung einer Gefahrtier-Verordnung einsetzen?

Ja, diese ist längst überfällig. Die Haltung von Wildtieren als Haustier sehen wir kritisch. Die private Haltung von giftigen oder gefährlichen Tieren wollen wir verbieten. Zudem fordern wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an zentralen Einrichtungen zur Verwahrung von gefährlichen Tieren, Wildtieren und durch behördliche Anordnung eingezogener oder beschlagnahmter Tiere. Die finanzielle, sächliche und personelle Ausstattung der Einrichtungen und deren Betrieb als auch die infrastrukturellen Investitionen für diese Einrichtungen wollen wir auskömmlich finanzieren ([Drs 7/3265](#)).

Katzenschutz:

Der niedersächsische Landtag hat 2023 als erstes Bundesland beschlossen, eine landesweite Katzenschutzverordnung mit einer Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einzuführen. Wird Ihre Partei eine Katzenschutzverordnung in Sachsen unterstützen?

Wir kämpfen seit vielen Jahren für eine Regelung nach §13b TierSchG, um das unsägliche Leid der Streunerkatzen einzudämmen und die kräftezehrenden Kämpfe der Tierschützerinnen und Tierschützer dagegen zu beenden. Leider fanden unsere Initiativen dazu bisher keine parlamentarische Mehrheit im Landtag ([Drs 6/4061](#),

Drs 7/10250 i.V.m. Drs 7/13207). Da hier aus Gründen des Tierschutzes weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht, werden wir das Thema weiterhin parlamentarisch begleiten und auch dahingehende zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen. Dies gilt insbesondere für die derzeit in Sachsen aktive „Initiative Katzenschutz“, die wir bei der Erarbeitung eines Volksantrags mit dem Ziel der Schaffung einer landesweiten Regelung gem. §13b TierSchG aktiv unterstützen.

Angeln:

Das Angeln ohne Angelschein ist in Sachsen an bewirtschafteten Anlagen möglich, also Angelteiche mit einer Fischzucht oder Teichwirtschaft. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, diese Ausnahmegenehmigung abzuschaffen?

Ja, denn um Tierleid zu vermeiden, erfordert das Angeln ein hohes Maß an Sachkenntnis. Praktiken wie etwa die überlange und die Gesundheit beeinträchtigende Hälterung von Fischen, das nicht schonende Anlanden von Fischen oder lebende Köderfische sind zurecht verboten. Im Hinblick auf Schmerzempfinden und Leidensfähigkeit unterscheiden sich Fische aus Zuchtgewässern nicht von ihren wild lebenden Artgenossen. Um tierschutzgerechte Angelei sicherzustellen, darf es daher im Hinblick auf das Erfordernis eines Sachkundenachweises keine Ausnahmen geben.